

ZENTRALSCHWEIZER
REGIERUNGSKONFERENZ



Treffen der eidgenössischen Parlamentarierinnen und
Parlamentarier aus der Zentralschweiz mit einer Delegation
der Zentralschweizer Kantonsregierungen

16. November 2011, Luzern

Energie

ZENTRALSCHWEIZER
REGIERUNGSKONFERENZ



Inhalt

1. Versorgung mit Energie
2. Anteile einzelner Energieträger
3. Verfassungsziel der Nachhaltigkeit
4. Herausforderungen in der Energiepolitik
5. Erwartungen



1. Versorgung mit Energie

- Öl und Gas aus verschiedenen Ländern, Import sicher, Preise angemessen, jedoch fiskalisch erheblich und zunehmend belastet
- Strom wesentlich aus dem eigenen Land, reger Stromhandel über die Landesgrenze, finanziell gesehen Ausfuhrüberschuss
- Energieversorgung insgesamt Aufgabe der Energiewirtschaft und nicht des Staates



2. Anteile einzelner Energieträger

- nicht erneuerbare, importierte Energien (Öl und Gas); ca. 55% des gesamten Endverbrauchs, Nachhaltigkeit nicht gegeben
- Strom, ca. 33 % des gesamten Endverbrauchs; zunehmende Energiemenge, mit Einfuhrüberschuss
- neue erneuerbare Energien (z.B. Wind, Sonne) mit sehr kleinem Anteil am Gesamtverbrauch, allerdings zunehmend



3. Verfassungsziel der Nachhaltigkeit

- Anteil der nicht erneuerbaren Energieträger noch zu hoch
- Energieeffizienz im Vordergrund, mehr aus weniger;
Zuständigkeit Bund und Kantone
- Kantone für den Gebäudebereich zuständig und auch
führend; Stichwort: Niedrigstenergiehaus



4. Herausforderungen in der Energiepolitik

- Sicherheit der Versorgung mit Elektrizität im Verbund mit
europäischem Netz und mit Ausbau der inländischen Netze
- Sicherheit dieser Versorgung trotz Verzicht auf Bandenergie
aus Kernkraftwerken
- Sicherheit der Gasversorgung auch hinsichtlich neuer
Gaskombikraftwerke



4. Herausforderungen in der Energiepolitik

- Versorgung mit erneuerbaren Energien stärken, namentlich mit Wasserkraft
- Wirtschaftlichkeit der Lösungen beachten, private Spielräume respektieren, Subventionen hinterfragen
- Fiskalische Massnahmen ausbalancieren im Rahmen der direkten und indirekten Steuern und Abgaben



5. Erwartungen

- 1) Gesamtenergiestrategie nicht nur neu ausrichten, sondern auch bundesrechtlich absichern, mit Volksbeschlüssen; Vertrauen in Energiepolitik von Bund und Kantonen stärken
- 2) Stromabkommen zwischen der Schweiz und der EU fördern
- 3) Technische Vorgaben des Bundes für Stromeffizienz unterstützen

ZENTRALSCHWEIZER
REGIERUNGSKONFERENZ



5. Erwartungen

- 4) Marschhalt bei Erhöhungen der Wasserzinse, Einbezug der Erträge in die NFA
- 5) Netzausbau und Bau neuer Gaskombikraftwerke erleichtern
- 6) Verfassungsgemässe Zuständigkeit der Kantone für die Regelung im Gebäudebereich beibehalten, Zurückhaltung bei fiskalischen Massnahmen des Bundes in diesem Zusammenhang